



**STVV: 20.7.23 Top: 10 Unterbringung von Flüchtlingen in 2 neuen Unterkünften in Bensheim Rede von: Doris Sterzelmaier**

Sehr geehrte Stadtverordnetenvorsteherin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Laut dem aktuellen Bericht vom UNHCR waren weltweit 108 Millionen Menschen Ende 2022 auf der Flucht. Im Jahr 2000 waren es 40 Millionen.

Insgesamt sind Ende 2022 19 Millionen Menschen mehr auf der Flucht als noch Ende 2021 – das ist ein Anstieg um 21 Prozent. Hauptgrund für diesen rasanten Anstieg ist die russische Invasion in der Ukraine, die Millionen Menschen zur Flucht zwang.

Aber auch Gewalt, politische Verfolgung, Verlust der Lebensgrundlagen durch Dürren und Hunger vertreiben Menschen aus ihrer Heimat. Sie suchen Schutz und Hilfe auf der Welt - auch in Deutschland. Laut Professor Dörre werden es 2 Mrd. Flüchtlinge sein, wenn der Klimawandel nicht gestoppt werden kann.

Mehr Flüchtlinge, dies spüren wir in Bensheim. Der Kreis hat bisher die Unterbringung der vom Land zugewiesenen Flüchtlinge übernommen, in dem er für entsprechende Unterkünfte gesorgt hat. Dies hat die Kommunen entlastet.

Durch die steigenden Flüchtlingszahlen ist es dem Kreis nicht mehr möglich, ausreichend Grundstücke, Hallen und Gebäude zu finden, so dass nun auch im Kreis Bergstraße, wie in vielen anderen Kreisen, die neu ankommenden Flüchtlinge direkt an die Kommunen zugewiesen werden.

In der Verwaltungsvorlage für heute steht, dass Bensheim gemäß seiner Einwohnerzahl und Größe 160 Menschen pro Quartal zugewiesen bekommt.

Diese müssen wir entsprechen unterbringen und dazu benötigen wir Unterkünfte. Dies ist nicht leicht, weil Wohnraum grundsätzlich knapp ist.

Der Magistrat bemüht sich verstärkt um Lösungen. Im HFA wurde mitgeteilt, dass 40 Personen bereits in Privatunterkünften untergebracht

werden konnten. Der Aufruf an die Bevölkerung zeigt Erfolge. Jedoch reicht dies nicht.

Daher ist es erfreulich, dass der Magistrat nun 2 neue Unterkünfte gefunden hat, die für 3 Jahre angemietet werden sollen. Eine Containerflüchtlingsunterkunft in der südlichen Weststadt in der Werner v. Siemens Str für 160 Personen und eine Unterkunft in einem leerstehenden Gebäude am Seegenberg in Schönberg für 60 Personen.

Mit den heutigen Beschlussvorschlägen soll der Magistrat beauftragt werden, diese anzumieten und alles weiter zu veranlassen, damit die Unterbringung ermöglicht werden kann.

Nun zum Änderungsantrag der FWG:

Die Fläche für Flüchtlinge am Berliner Ring ist eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes. Das Land Hessen hat diese gemietet von Privat. Die Stadt hat keinen direkten Zugriff darauf. Der Eigentümer und das Land Hessen müssen zustimmen.

Die FWG schreibt, dies sei eine geeignete Fläche. Dann kann man auch sagen, dass Allee-Hotel ist auch eine geeignete Immobilie. Aber so wie das eine ist auch das andere Wunschdenken. Die Stadt kann darüber nicht verfügen.

Warum will die FWG alle Flüchtlinge am Berliner Ring unterbringen? Eine dezentrale Unterbringung halten wir für besser. Beim Vorschlag der Verwaltung ist alles abgeklärt und umsetzbar. Wir wissen dann, wie viele Flüchtlinge wann dort unterkommen können. Beim Vorschlag der FWG die Landesfläche zu nehmen, wissen wir das noch nicht.

Dies alles werden sicher nicht die letzten Unterkünfte sein, die Bensheim bereitstellen muss. Daher sind alle geeigneten Flächen, Gebäude, Hallen und Leerstände zu prüfen und wenn möglich für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzbar zu machen.

Es ist eine wichtige Aufgabe den flüchtenden Menschen Schutz zu geben.

Daher unterstützen wir die beiden Vorlagen und stimmen diesen zu. Den Änderungsantrag der FWG lehnen wir ab.